

Raina Zimmering

Venezuela: Die Bundesrepublik Deutschland im Zwiespalt zwischen Völkerrecht und Rostgürtel

Roger Waters von Pink Floyd zu dem Konzert von Branson an der venezolanisch- kolumbianischen Grenze und den „humanitären Hilfslieferungen“ der USA

„Es hat nichts mit den Bedürfnissen der venezolanischen Bevölkerung zu tun, es hat nichts mit Demokratie zu tun, es hat nichts mit Freiheit zu tun, es hat nichts mit Hilfe zu tun.“¹

Obwohl Lateinamerika nicht und erst recht nicht Venezuela zu den Prioritäten deutscher Außenpolitik gehören, rückte dieses Land plötzlich in die politischen Schlagzeilen der Bundesrepublik. Venezuela leidet unter enormen ökonomischen Schwierigkeiten (Hyperinflation und extrem hoher Verschuldung) mit sozialen Verwerfungen, einem Exodus seiner Bevölkerung und einer Millionen zählenden Flüchtlingswelle, mit der besonders die Nachbarländer klar kommen müssen. Doch trotz dieser Situation, die das Resultat einer Gemengelage zwischen US-amerikanischen Sanktionen, dem Jahrzehnte langen interventionistischem Handeln westlicher politischen Körperschaften, dem sinkenden Erdölpreis, einer verfehlten politischen und wirtschaftlichen Reaktion der Maduro-Regierung auf die Ausgrenzung und einer sich zunehmend feindlichen Haltung der lateinamerikanischen Nachbarländer ist, interessierten die EU und deutsche Außenpolitik bisher nur am Rande.

Erst als Trump in einer Art ungeduldiger Vorwärtsverteidigung Juan Guaidó als neuen venezolanischen Präsidenten am 23.01.2019 aus der Taufe hob und sein „Baby“ als Kapitalismusretter in Venezuela kreierte und in einen „Retter“ des venezolanischen Volkes ummünzte, konnten sich die EU und Deutschland nicht mehr „zurückhalten“. Die lange Vorbereitung Guaidós als Schlüsselfigur des Regime Change in Venezuela,² das ein abgekartetes Spiel zwischen dem von Exilkubanern abstammenden Senators und Trump-Berater Marco Rubio, Ex-

¹ StN.de: Pink Floyd Sänger kritisiert Benefizkonzert. Red/afp vom 20.02.2019. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.roger-waters-ueber-venezuela-pink-floyd-saenger-kritisiert-benefizkonzert.108e5cdb-2082-4a7a-a8e1-4839e2417dea.html>

² Cohen, Dan und Max Blumenthal: Juan Guaidó: Ein Staatschef aus dem Regime-Change-Labor. aus: NachDenkSeiten vom 04. Februar 2019 . <https://www.nachdenkseiten.de/?p=49003> Original: Cohen, Dan und Max Blumenthal: The Making of Juan Guaidó: How the US Regime Change Laboratory Created Venezuela's Coup Leader. In: In: Grayzone vom 29.01.2019. <https://grayzoneproject.com/>

CIA-Direktor Mike Pompeo, Vizepräsident Mike Pence und Donald Trump ist,³ fand damit seinen Abschluss. Folgerichtig wurde Guaidó als Präsident Venezuelas von den USA, Kanada, Israel, der OAS und Argentinien, Brasilien, Chile und Kolumbien sofort anerkannt. Später folgten eine Reihe europäischer Staaten. Russland, China, Italien, der Iran, die Türkei, Neuseeland und die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten lehnten es ab, Guaidó als legitimen Präsidenten anzuerkennen.

Bei dem US-amerikanischen Aktionismus geht es nicht allein um Venezuela, es geht um ganz Lateinamerika. Nachdem die immerhin 20 Jahre dauernden linksgerichteten Regierungen auf dem Kontinent an Macht verloren und neuen rechtsgerichteten Regimen Platz machen mussten, scheint für die USA und einen Teil der westlichen Welt der Zeitpunkt gekommen, um den Kontinent wieder neu für sich zu entdecken und dem zunehmenden chinesischen und russischen wirtschaftlichen Einfluss zu entziehen. Trump will im Zeitalter neuer Großmachtrivalitäten seine Truppen aus Syrien und Afghanistan zurückziehen und droht mit Truppenaufmärschen und militärischen Interventionen in Lateinamerika. Für Venezuela betonte er immer wieder, dass auch eine militärische Intervention eine Option wäre.⁴ Die Androhung von Gewalt ist bekanntlich nach UN-Definition auch Gewalt. Sie liefert zudem den gewünschten Effekt des Staatsterrorismus, nämlich die Verbreitung von Angst unter der Bevölkerung, was in erster Linie die Flüchtlingsströme beflügelt. Der Halbkontinent soll im Sinne einer Großmachthegemonie⁵ wieder näher an die USA heranrücken. In Lateinamerika soll im o.g. Sinne kein mittelgroßes Land an strategisch wichtiger Stelle an den Ufern der Karibik und des Pazifik und mit den heiß begehrten Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Coltan und Goldreserven außerhalb der US-amerikanischen Hegemonie bleiben.

Es ist, als würde Donald Trump nicht allein den Rostgürtel seines Landes neu zum Leben erwecken wollen, sondern als würde er den Rost der Monroe-Doktrin wegputzen. Um den Kontinent soll ein eiserner Gürtel gelegt werden

³ Füllgraf, Frederico: Staatsstreich in Venezuela. Aus: Nachdenkseiten vom 24.01.2019. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=48658>

⁴ US-Senator: Trump diskutierte möglichen Militäreinsatz in Venezuela. 28.01.2019. <https://deutsch.rt.com/nordamerika/83269-us-senator-trump-diskutierte-moeglichen/>

⁵ Die Ära der Großmachtrivalitäten. In: German Foreign Policy vom 13.02.2019. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7859/>

und das von den USA proklamierte „Enterprise of the Americas“⁶ der 1990er Jahre, das durch den Widerstand der lateinamerikanischen Regierungen nie zustande kam, entrostet, modernisiert und mit Hilfe der sogen. Lima-Gruppe (ein Verbund lateinamerikanischer rechter Regierungen) wie z.B. des rechtskonservativen Präsidenten Mauricio Macri (Argentinien), Jair Bolsonaro (Brasilien) und Iván Duque (Kolumbien) neue Fahrt aufnehmen. Mit einem kombattanten reichen Passagier wie Venezuela würde das „Enterprise“ beschleunigt werden können und der Formel „*Make America Great Again*“ zu neuem Leben verhelfen.

Wie stehen nun die EU und Deutschland zu dieser Entwicklung? Zusammen mit der EU erkannte Deutschland, das „Trump-Baby“, den selbsternannten „Übergangspräsidenten“ Juan Guaidó, in vorseilendem Gehorsam gegenüber den USA an und forderten in unglaublich unverhohlener intervenistischer Art von dem amtierenden venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro innerhalb von acht Tagen Neuwahlen auszurufen. Dabei berief man sich auf den Verfassungsartikel 233, nach dem im Falle von Krankheit oder Tod des Präsidenten Neuwahlen angesetzt werden müssen. Auch wenn die Regierung Maduro durch verschiedene andere Regierungen nicht anerkannt wird, so ist der amtierende Präsident Maduro nicht gestorben oder krank. D.h. die Berufung auf besagten Artikel ist schlicht und einfach falsch. Wie der „Wissenschaftliche Dienst des Bundestages“ im Auftrag der Linksfraktion feststellte, gäbe es „starke Gründe für die Annahme“, dass die Anerkennung Guaidós eine Einmischung in innere Angelegenheiten und dass dieses Verhalten „völkerrechtlich fraglich sei“.⁷ In einer darauf stattfindenden Pressekonferenz sagte der Sprecher von Angela Merkel, man hätte die venezolanische Verfassung nicht so genau gekannt.

Noch vor dieser peinlichen Bekanntgabe hatte Heiko Maas in der Sondersitzung des Bundestages zu Venezuela geäußert, dass sich Deutschland angesichts des unermesslichen Leids des venezolanischen Volkes, das allein Maduro und nicht der Sanktionspolitik der USA oder der Jahrzehnte langen Einflussnahme

⁶ Zimmering, Raina: Die Entstehung eines neuen Wirtschaftsblocks oder das Enterprise of the Americas. In: Massarrat, Mohssen; Wenzel, Hans-Joachim u.a. (Hrsg): Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. Osnabrück: Die Deutsche Bibliothek 1993.

⁷ Machtkampf in Venezuela: Gutachten nährt Zweifel an Guaidó-Anerkennung. In: faz-net vom 09.02.2019. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bundestags-gutachten-aeussert-bedenken-an-guaido-erkennung-16032440.html>

westlicher Staaten (wie z.B. der Kaderschmiede Adenauer Stiftung⁸) angelastet wurde, nicht „neutral“ verhalten kann und somit die moralische Begründung für die Anerkennung von Guaidó geliefert.

Wie kann sich ein Staat, der immer als seriös und völkerrechtskonform wahrgenommen wird oder zumindest wahrgenommen werden möchte, solch einen Irrtum erlauben? Hatte man gehofft, in Venezuela kennt sich die Masse der Politiker und erst recht nicht die deutsche Öffentlichkeit aus, und so kann man ein schnelles Ende des schon seit 1999 von Deutschland verhassten „Chavismus“ erreichen. Der vom Vorgängerpräsidenten Hugo Chavez proklamierte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ war der Bundesrepublik schon immer ein Dorn im Auge: eine sich sozialistisch definierende Regierung bestimmt in Venezuela über deutsche Investitionen und die größten Erdölvorkommen der Welt! In machiavellischer Manier sollte nun die Regierung unter Maduro innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden. Sieht man sich die Interessen der deutschen Wirtschaft in Südamerika an, so wird klar, dass das Eingeständnis einer falschen außenpolitischen Argumentation im Vorgehen gegen die gewählte Regierung in Venezuela und der von den USA kreierten Marionette wohl doch kein reiner Irrtum war. In einem Artikel der „Welt“ kann man lesen: „In Venezuela hoffen die deutschen Unternehmen dagegen auf die Zeit nach Maduro.“⁹ Kaum eines der großen Unternehmen hat Venezuela bislang verlassen und die Geschäfte dort komplett aufgegeben.¹⁰ Guaidó plant schließlich, die staatlichen Vermögenswerte zu privatisieren und ausländischen Unternehmen Zugang zu Öl zu verschaffen.¹¹ Das ist das, was für die deutsche Regierung wirklich zählt und nicht völkerrechtliche Gründe oder das Leid der venezolanischen Bevölkerung, denn man hatte sich mit deutschen Pharmaunternehmen an den Sanktionen beteiligt.

⁸ In mein Seminar über soziale Bewegungen an der Humboldt-Universität Anfang der 2000er Jahre kam eine deutschstämmige Venezolanerin, Tochter eines Unternehmers in Venezuela und Stipendiatin der Konrad Adenauer Stiftung, die mir sagte, dass sie etwas über den Aufbau sozialer Bewegungen lernen wollte.

⁹ Doll, Nikolaus: Die gewagte deutsche Wette auf die Rettung Venezuelas. In: Welt vom 05.05.2017. <https://www.welt.de/wirtschaft/article164299817/Die-gewagte-deutsche-Wette-auf-die-Rettung-Venezuelas.html>

¹⁰ ebenda

¹¹ Parampil, Anya: Venezuelans' message to the US: Hands off our country: The Grayzone breaks the media blockade inside Venezuela, amplifying the voices of people ignored by the corporate media. In: Grayzone vom 11.02.2019. <https://grayzoneproject.com/>

Nur, wenn im trotz allem funktionierenden demokratischen Prozedere des deutschen Bundestages nachgefragt und die Wahrheit eingefordert wird, kommt die Wahrheit dann manchmal tröpfchenweise an die Öffentlichkeit.

Dass die deutsche Regierung mit weiteren Fehlinformationen arbeitete, lässt angesichts dieses Lapsus nicht verwundern. Wenn keine echten Argumente für völkerrechtswidriges Handeln vorhanden sind, werden eben welche erfunden. Die Regierung zusammen mit den meisten deutschen Medien vermittelt den Eindruck, als stünde das gesamte venezolanische Volk hinter Guaidó, was der Realität hart widerspricht. Dass die Bundesregierung nicht gewusst hätte, wen sie da als Präsidenten anerkennt, ist schwer vorstellbar. Was sind denn die vom Steuerzahler finanzierten wissenschaftlichen Dienste und wissenschaftlichen Stiftungen wert, wenn sie die Bundesregierung nicht ausreichend über politische Hintergründe informieren? Doch wie auch im Falle von Jair Bolsonaro werden von politischen Stiftungen über die neuen Präsidenten Persönlichkeitsprofile erstellt. Trotz eines äußerst negativen Persönlichkeitsprofils von Bolsonaro durch die Adenauer-Stiftung wird dessen Regierung von Deutschland anerkannt und durch den BDI dringend empfohlen.

Der Report der bekannten US-amerikanischen Journalisten und Analysten Max Blumenthal und Dan Cohen über Juan Guaidó legt dessen Biographie offen. Guaidó ist nicht der smarte Hoffnungsträger des venezolanischen Volkes und vertrauenswürdige Partner seriöser Regierungen, als der er durch die deutsche Regierung und die deutschen Medien dargestellt wird. Er gehört zu den gewalttätigsten Gruppen der Opposition in Venezuela und wurde über Jahrzehnte von den wichtigsten Kaderschmieden der USA im Sinne eines „Regime Change-Labors“ aufgebaut. Guaidó studierte 2007 an der George-Washington-University, wo er die venezolanische Widerstandsgruppe „Generation 2007“ mit gründete, die in Venezuela gewaltsame Straßenschlachten, die sogen. Guarimba-Taktik durchführt, bei der in terroristischer Manier Menschen getötet werden, um die Bevölkerung zu verunsichern und Angst und Schrecken zu verbreiten. Guaidós „Partei des Volkswillens“ ging aus dieser Bewegung hervor und ist für ihre oft grausamen Destabilisierungskampagnen, insbesondere der Straßenkrawalle 2017, bekannt. Eine Reihe der Gesinnungsgenossen von Guaidó sitzen wegen eindeutig krimineller Delikte wie Mord, Körperverletzung und Unterschlagung von Geldern im Gefängnis oder flüchteten außer Landes. Die Partei des Volkswillens war Teil der Oppositionsparteien und stellte im Rahmen eines Rotationsverfahrens den Präsidenten des Parlaments. Der Vertreter der Partei,

der nun zum Präsidenten erklärt (nicht gewählt) werden sollte, trat zugunsten Juan Gaidos zurück. Die Gründe dafür beliebten bis heute im Dunklen. Guaidó wurde also nie vom venezolanischen Volk gewählt. Aus diesem Grunde lehnten auch andere venezolanische Oppositionsparteien, wie die traditionelle sozialdemokratische liberale Partei „Acción Democrática“ und die Mehrzahl der OAS-Mitgliedsstaaten Guaidó als Präsidenten ab.¹² 2018 koordinierte Guaidó in Washington, Kolumbien und Brasilien die Massenproteste während der Präsidentschaftswahlen. Schließlich wurde er von den USA aus gebeten, sich am 23.02. 2019 zum Präsidenten zu erklären.¹³

Als Guaidó am Wochenende vom 02./03.02. 2019 zu Demonstrationen gegen Maduro aufrief, kamen diesem Aufruf 10.000 Menschen nach. Die Demonstrationen auf der Seite von Maduro, die gegen Guaidó auf die Straße gingen, zählten allerdings das Zehnfache, nämlich 100.000 Demonstranten.¹⁴ Auch wenn 10.000 Demonstranten eine große Zahl darstellt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Anhängergruppen äußerst disproportional und spricht nicht dafür, dass das gesamte Volk hinter Guaidó steht, wie dies von Haiko Mass und den deutschen Medien behauptet wird. In nicht zu unterbietender Ignoranz werden im deutschen Fernsehen immer wieder Bilder von Massendemonstrationen für Guaidó gezeigt, während die Bilder der Maduro-Demonstrationen einfach nicht vorkommen. Hier kann man nicht einmal von einem Kampf der Bilder sprechen, es gibt einfach konkurrenzlos nur die einen. Das hat auch seine Logik, ansonsten würde ein weiteres Scheinargument nicht funktionieren. Die Behauptung, Maduro könne sich nur noch durch das Militär halten, ist in der deutschen Regierung und den Medien allgemeiner Konsens. Durch den kleinen Zusatz „noch“ wird gleichzeitig versucht, die Hoffnung zu nähren, dass dieser letzte Haltepfiler schnell bröckeln könnte. Das letzte Beispiel von Fake News über Venezuela sind die Bilder von der Brücke Tienditas an der Grenze zu Kolumbien, die die Sperrung von Hilfslieferungen

¹² Cohen, Dan und Max Blumenthal: Juan Guaidó: Ein Staatschef aus dem Regime-Change-Labor. In: NachDenkSeiten vom 04. Februar 2019 . <https://www.nachdenkseiten.de/?p=49003>, Original: Cohen, Dan und Max Blumenthal: The Making of Juan Guaidó: How the US Regime Change Laboratory Created Venezuela's Coup Leader. In: In: Grayzone vom 29.01.2019. <https://grayzoneproject.com/>

¹³ Ebenda.

¹⁴ Rubio, Modaira: Warnung vor Krieg. In: Junge Welt vom 04.02.2019.

durch die Maduro-Regierung beweisen sollen. Allerdings ist die Brücke nie Betrieb genommen worden und die Bilder stammen aus dem Jahre 2017.¹⁵

Manchmal werden die Produzenten falscher Bilder und Narrationen selbst deren Opfer und glauben am Ende an ihre Artefakte. Offensichtlich scheinen sowohl die USA als auch die EU überrascht, dass Maduro noch da ist, dass das Militär, bis auf Ausnahmen, zu ihm hält. Nun stehen für die westlichen Staaten zwei Optionen zur Debatte: die eine ist eine militärische Intervention unter Führung der USA, die man vor allem über den Weg „humanitärer Hilfe“ androht. Das Beharren auf den Hilfeleistungen durch die USA, der EU und anderer Staaten ist angesichts der Sanktionspolitik der USA und der EU gegenüber Venezuela, ein Spott. Wenn ein anderes Land Venezuela genau die nun in Aussicht gestellten Hilfsgüter wie Lebensmittel und Medikamente liefern will, wird es von den USA „bestraft“ (Strafzölle, Handelsembargen, Einfrieren von Bankkonten).¹⁶ Maduro hatte schon seit 2017 mehrfach um Hilfen durch die UN und das Internationale Rote Kreuz gebeten,¹⁷ die aber durch die US-Sanktionen nur schleppend in Gang kamen. Das Kalkül bei der „humanitären Hilfe“ durch das Maduro feindliche Lager besteht darin, dass sie durch eine militärische Intervention von außen erzwungen werden soll. Das Szenario soll sich folgendermaßen abspielen: die an der Grenze zu Venezuela gesammelten und z.T. durch die USA gelieferten Hilfsgüter sollen von der Zivilbevölkerung, die durch Musik (ein Konzert, von dem britischen Milliardär Richard Branson organisiert, an der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela, auf dem für die „Not leidende Bevölkerung“ gesammelt wird) und den Aufruf von Guaidó, dass Maduro bis zum 23.02. seine Grenzen öffnen soll, und dass die Menschen an der Grenze auf seine Anweisungen zu hören sollen, animiert werden, sich selbst an dem Verbringen der Güter nach Venezuela zu beteiligen und die geschlossene Grenze zu überschreiten. Wenn das venezolanische Militär eingreifen sollte, um die Grenze zu verteidigen, dann wird auch von der anderen Seite militärisch eingegriffen, um die Zivilbevölkerung zu „schützen“. Zeitgleich zur Verbringung der Hilfsgüter an die venezolanische Grenze und zu dem Konzert fand die Verlagerung von Spezialeinheiten und Kriegsgerät der US-Streitkräfte

¹⁵ Neuber, Harald: Wird humanitäre Hilfe in Venezuela politisch missbraucht? In: amerika21 vom 08.02.2019.

¹⁶ Perez, Ariana u.a.: Konzerte verlaufen friedlich. Sorge vor Eskalation am heutigen Tag. In: amerika21 vom 23.02.2019. <https://amerika21.de/2019/02/222746/venezuela-konzerte-grenze-hilfe>

¹⁷ Neuber, Harald u.a.: Venezuela zwischen Diplomatie, Großdemonstrationen und US- „humanitärer Hilfe“. In: amerika21 vom 04.02.2019. <https://amerika21.de/2019/02/222746/venezuela-konzerte-grenze-hilfe>

an die venezolanische Grenze statt.¹⁸ Es ist ein strategisch geplantes Szenario der USA, wie es schon so oft zum Interventionsrepertoire der USA in Lateinamerika gehörte (das letzte Mal 2009 beim Putsch in Honduras). Der US-Sonderbeauftragte für Venezuela, Elliott Abrams, hatte die Praxis von „humanitären Hilfen“ in früheren Zeiten schon mehrfach angewandt, wie z. B. 1996 in Nicaragua zur Unterstützung der Contras, und ist dafür in den USA später bestraft worden. Das Szenario an der venezolanischen Grenze ist eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und bedeutet die Verletzung der UN-Charta und des Völkerrechts. Wenn die BRD und andere europäische Staaten sich jetzt an die Seite der USA stellen, verletzen sie ebenfalls das Völkerrecht.

Die zweite Option ist, auf das Verhandlungsangebot von Mexiko und Uruguay einzugehen und zwischen den verschiedenen politischen Gruppen in Venezuela und den interessierten Mächten zu verhandeln.¹⁹ Das Problem ist, dass die meisten westlichen und eine Reihe lateinamerikanischer Staaten Maduro nicht anerkennen und andersherum eine Reihe von Ländern Guaidó nicht anerkennt. Doch beide Lager müssten an den Verhandlungen teilnehmen und von den anderen Verhandlungspartnern als legitim anerkannt werden. Das Vorbereitungstreffen in Montevideo, an dem Vertreter von acht europäischen Staaten, darunter die Bundesrepublik, und Vertreter von fünf lateinamerikanischen Staaten als „International Contact Group on Venezuela“ teilnahmen, hat allerdings die Hoffnungen der Organisatoren des Treffens Mexiko und anderer lateinamerikanischer Staaten zerschlagen, dass schnell eine friedliche und gerechte Lösung durch Verhandlungen errungen werden könne. Die Gemeinsame Erklärung unterstützt nämlich nur die Forderungen der USA und Guaidós nach sofortigen Wahlen und freiem Zugang der „Hilfsgüter“. Mexiko und Bolivien unterstützten deswegen die Erklärung nicht. Bis jetzt sieht es danach aus, dass nur eine Seite der venezolanischen Gesellschaft in den sogen. Montevideo-Prozess unterstützt werden würde, was nicht echten, ausgleichenden Verhandlungen und einer nachhaltigen Konfliktregelung entspricht. Sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch das Internationale Rote Kreuz wendeten sich gegen den Einsatz „humanitärer Hilfe“ als politisches Instrument. Für Venezuela ist die einzige Chance aus der lang von außen vorbereiteten Krise

¹⁸ Perez, Ariana u.a.: Konzerte verlaufen friedlich. Sorge vor Eskalation am heutigen Tag. In: amerika21 vom 23.02.2019. <https://amerika21.de/2019/02/222746/venezuela-konzerte-grenze-hilfe>

¹⁹ Kanopka, Jaroslav: Mexiko, Uruguay und Caricom: Montevideo-Mechanismus als Lösung der Krise in Venezuela? In: amerika21 vom 08.02.2019.

heraus zu kommen, den Montevideo-Prozess in einen echten Ausgleich zu überführen, der auch den realen Machtverhältnissen in Venezuela entspricht und nicht-interventionistische humanitäre und wirtschaftliche Hilfen über internationale Organisationen, zivile Solidaritätsaktionen und einzelne Länder beinhaltet.

Die deutsche Position scheint sich in der Venezuela-Frage nicht an die von Kanzlerin Angela Merkel und Heiko Maas vertretenen Ziele einer „strategischen Autonomie“ und einer eigenen „geopolitische Identität“ zu halten,²⁰ da sie den amerikanischen Kreationen folgt und eine Trump-Marionette und einen Vertreter gewalttätiger Oppositionspolitik wie Juan Gaidó vorbehaltlos unterstützt. Die US-Sanktionspolitik als entscheidende Ursache des Leidens der venezolanischen Volkes wird nicht kritisiert und die Legende von der „humanitären Hilfe“ mit eigenen Kommentaren und Bildern befeuert. Wenn es über das Eingangstor von „humanitärer Hilfe“ der USA gegenüber Venezuela zu einer militärischen Intervention kommen sollte, trägt die deutsche Regierung eine Mitschuld. Offensichtlich ist es der deutschen Regierung egal, welche diskreditierte Figur sich an der Spitze einer Oppositionsbewegung befindet, wenn es um das Kalkül eigener wirtschaftlicher Vorteile in dem Erdöl reichsten Land der Welt und der Vermeidung von Differenzen mit dem Weltmacht Konkurrenten USA im Kampf um Einflussgebiete (Huawei, Iran-Geschäft) geht.²¹

²⁰ Eigener Bericht: Spionage bei 5G. In: German Foreign Policy vom 19.02.2019. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7864/>

²¹ Voelsen, Daniel: 5G, Huawei und die Sicherheit unserer Kommunikationsnetze. Handlungsoptionen für die deutsche Politik. SWP-Aktuell vom 05.02. 2019.